



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

**Jutta Haug**  
Mitglied des  
Europäischen Parlaments

EU/EP: Zahlungsverzug

Straßburg, 21.10.2010

## PRESSEMITTEILUNG

### "Weichenstellung für neue Zahlungsmoral in Europa" Europäisches Parlament nimmt Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug an

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch in Straßburg mit großer Mehrheit (612:12) die Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs angenommen. Kleine und mittlere Unternehmen geraten oft unverschuldet in Liquiditätsprobleme, weil ihre Rechnungen zu spät bezahlt werden. Mit der überarbeiteten Richtlinie soll sich das nun in Zukunft ändern. Ein Jahr hat das Europäische Parlament mit Rat und Kommission für strikere Regeln verhandelt - inklusive einer generellen Zahlungsfrist von 30 Tagen.

"Dieses Gesetz wird für eine neue Zahlungskultur in Europa sorgen und somit letztendlich die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen stärken. So wird Kapital für Innovationen und neue Arbeitsplätze frei", zeigt sich **Jutta HAUG**, SPD-Europaabgeordnete überzeugt. "Niemand soll generell länger als 30 Tage auf sein Geld warten müssen."

Die Abgeordneten konnten sich in zahlreichen Punkten gegen einige Mitgliedstaaten im Rat durchsetzen, die das Gesetz durch Schlupflöcher aufweichen wollten. Das vorliegende Ergebnis verbindet Wirksamkeit, Transparenz und eine faire Balance der Regeln für öffentliche und private Auftraggeber. So müssen *öffentliche Auftraggeber* grundsätzlich ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bezahlen. Die EU-Parlamentarier haben sich vehement für eine Obergrenze von 60 Tagen eingesetzt, wobei diese Verlängerung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zulässig ist. *Private Firmen* müssen beim Handel untereinander ebenfalls innerhalb von 30 Tagen zahlen – vertraglich können aber bis zu 60 Tage vereinbart werden. Falls kein Vertragspartner grob benachteiligt wird, sind auch längere Fristen möglich.

Darüber hinaus ist es den EU-Mitgliedstaaten freigestellt, Auftraggebern des *Gesundheitssektors* eine Zahlungsfrist von bis zu 60 Tagen einräumen. "Mir ist es wichtig, dass öffentliche Krankenhäuser im Wettbewerb mit privaten Einrichtungen nicht benachteiligt werden", begründet **Jutta HAUG** diese Regelung.

*Positive Anreize*, wie die Veröffentlichung von pünktlichen Zahlern, ergänzen die neuen Regeln.

"Diese Neufassung der alten Richtlinie aus dem Jahr 2000 war insbesondere vor dem Hintergrund der gravierenden Auswirkungen von Zahlungsverzug auf KMU unerlässlich", betont die Sozialdemokratin "Sicherlich hätte ich mir an einigen Stellen noch härtere Regeln gewünscht, aber wir haben den besten Kompromiss gefunden, der mit 27 EU-Ländern ausgehandelt werden konnte - einigen Regierungen gingen unsere Forderungen schon zu weit." Jetzt kommt es auf eine rasche Umsetzung in den Mitgliedstaaten an.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595

---

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen  
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018  
Mail: [europabuero@jutta-haug.de](mailto:europabuero@jutta-haug.de), Homepage: [www.jutta-haug.de](http://www.jutta-haug.de)